



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei- Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistafel 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

**Inhalt:** Der Tarifabschluß in Karlsruhe. — Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Neuigkeiten: Otto Ludwig. — Korrespondenzen (Eberfeld, Hamburg, Hannover, Magdeburg). — Rundschau. — Abrechnungen. — Anzeiger.  
**Beilage:** Der deutsche Arbeiterkongress im Jahre 1911. (I.) — Korrespondenzen (Dresden, Frankfurt a. M., Halle a. S., Götting).

Für die Woche vom 9. bis 15. Februar 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Der Tarifabschluß in Karlsruhe.

In einem Teil der Auflage unserer vorigen Nummer konnten wir bereits kurz mitteilen, daß der Kampf um die Wiedereinführung des Hilfsarbeitertarifes in Karlsruhe erfolgreich beendet wurde. Nach 13 resp. 14 wöchentlichem harten und schweren Ringen ist es endlich gelungen, den erbitterten Widerstand der Prinzipale zu brechen und das tarifliche Verhältnis, welches seit Beginn des Jahres 1912 unterbrochen war, wiederherzustellen. Es war der erste größere Kampf, den unser Verband in der zweiten Tarifperiode zu führen gezwungen war, und wir können mit voller Befriedigung feststellen, daß der Verband mit Ehren bestanden hat. Die Ursachen dieser Bewegung und ihr Verlauf bilden eigentlich eine sehr drastische aber lehrreiche Illustration zu dem uns zurzeit lebhaft beschäftigenden Kapitel „Tarifliche Schwierigkeiten“ und wir können daher die Besprechung der allgemeinen Situation in dieser Woche unterbrechen und an ihrer Stelle uns mit den Erscheinungen, die Karlsruhe gezeitigt hat, eingehender befassen.

Die Karlsruher Prinzipalität war von jeher bekannt dafür, daß sie nur widerwillig für eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals zu gewinnen war. Das beweist schon der erste Tarifabschluß im Jahre 1907, der nicht die Folge friedlicher Auseinandersetzungen war, sondern durch eine spontan durchgeführte Arbeitsniederlegung von allerdings nur ganz kurzer Dauer erzwungen werden mußte. Obwohl nun die Hilfsarbeiterschaft im Verlauf der fünfjährigen Tarifperiode den Beweis erbrachte, daß sie den Pflichten, welche ihr aus den tariflichen Verhältnissen auferlegt wurden, sich voll und ganz gewachsen zeigte und dadurch auch Ruhe und Ordnung in den Betrieben garantiert war, schien es, als ob die Minimallohngrenze von den Prinzipalen als eine drückende Last empfunden wurde. Denn es gab keinen anderen ersichtlichen Grund für ihr Verhalten nach Ablauf des damals zustande gekommenen Tarifes. Dabei erhob sich das damalige Karlsruher Minimum nicht etwa über die in anderen gleich zu bewertenden Druckorten vereinbarte Höhe. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß nirgends so peinlich bis auf den Pfennig ausgerechnet, die Minimalsätze innegehalten wurden wie in Karlsruhe, und

daß Abrundungen nach oben, wie sie sonst allgemein üblich sind, dort zur Seltenheit gehörten. Das wurde zwar von der Kollegenchaft nicht als besonders angenehm empfunden, nichtsdestoweniger aber trat im Verlaufe jener Tarifperiode eine gewisse Organisationsklausur ein, die beinahe zu einem Verhängnis für die Allgemeinheit hätte werden können. Das hat nämlich in der Hauptsache mit dazu beigetragen, daß die Prinzipale vor Ausbruch der jetzigen Bewegung nicht an deren ernstliche Durchführung glauben wollten. Sie blieben deshalb auch den zentralen Berliner Verhandlungen fern und lehnten dann auch jede Verhandlung über einen örtlichen Neuabschluß entschieden ab. Sie erklärten sich zwar bereit, 7½ Prozent Lohnzulagen zu geben, verlangten aber die unterschriftliche Anerkennung der alten „Allgemeinen Bestimmungen“ und der in diesen enthaltenen, nichtrevidierten Minimallöhne. Die Kollegenchaft hat damals das Zugangebot als Abschlagszahlung angenommen, dagegen hat die Verbandsleitung in eine Anerkennung des alten Tarifes nicht eingewilligt.

Ueber die verschiedenen Versuche, die im vorigen Jahre gemacht wurden, um den tariflichen Zustand zu beheben, haben wir in der „Solidarität“ zum wiederholten Male berichtet. Es erübrigt sich daher, heute noch einmal auf die Dinge einzugehen, aber es muß hier gesagt werden, daß die Organisationsleitung nichts unversucht gelassen hat, was zu einer friedlichen Verständigung hätte führen können, um die letzte Konsequenz zu vermeiden. Leider praktierten alle diese Versuche an der Halsstarrigkeit der Prinzipale ab, der Kampf war unvermeidlich geworden. Nun war aber, wie schon angeführt, das Organisationsverhältnis unter der Kollegenchaft insofern ungünstig, als nicht die Gesamtheit der Unternehmer angegriffen werden konnte und nur in neun Betrieben das Hilfspersonal zu einem entschiedenen Vorgehen entschlossen war. Dadurch war allerdings die Wirkung der erfolgten Kündigungen und der darauf folgenden Arbeitsniederlegung bedeutend abgeschwächt und die Organisationsleitung mußte sich daher auf eine längere Dauer des Kampfes gefaßt machen. Erschwerend hat dabei noch mitgewirkt, daß es durch die Praktiken der Unternehmer den in Kündigung stehenden Personalen unmöglich gemacht wurde, das Arbeitsverhältnis frist- und ordnungsgemäß zu lösen und zum Kontraktbruch förmlich gezwungen war. Das hatte zur Folge, daß die Gehilfen verpflichtet werden konnten, Streikbrecher anzulernen und mit ihnen zusammen zu arbeiten. Leider hat sich von diesen nützlichen Elementen eine ganz ansehnliche Schar zusammengefunden, die im trauten Zusammenwirken mit einigen stehengebliebenen Charakteraktiven den Ausständigen in den Rücken gefallen sind. Immerhin aber ist es den Streikenden gelungen, fortgesetzt die Druckereien von Arbeitskräften zu entblößen, so daß ihre Zahl bei Beendigung des Kampfes mehr wie doppelt so groß war wie am Beginn. Diese Taktik hat ihre ermüdende Wirkung auf die Prinzipale nicht verfehlt und ihr ist es in der Hauptsache zuzuschreiben, daß der Ausgang des

Kampfes nicht eine Niederlage für den Verband und die Kollegenchaft war.

Die wiederholte kategorische Erklärung der Prinzipale, weder mit der Organisationsleitung zu verhandeln noch einen Tarif abzuschließen und auch keine Zulagen zu bewilligen, ließ sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Und so kam es, daß am 30. Januar nach einigen Aussprachen zwischen den beiden Organisationsleitungen ein Vergleich geschlossen wurde, der das alte Tarifverhältnis wieder herstellte und eine 10 prozentige Erhöhung der Minimallöhne vom 1. April d. J. ab brachte. Die Löhne gestatten sich nunmehr wie folgt:

A. Für männliches Personal:	
Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr . . . . .	18,20 Mt.
„ „ „ 16. „ . . . . .	15,40 „
„ „ „ 17. „ . . . . .	18,15 „
„ „ „ 18. „ . . . . .	19,25 „
„ „ „ 19. „ . . . . .	20,35 „
„ „ „ 20. „ . . . . .	21,45 „
über 20 Jahr . . . . .	28,10 „
B. Für weibliches Personal:	
Geübte Anlegerinnen, welche nachweisen können, daß sie mindestens 1 Jahr in Buchdruckereien als Anlegerinnen tätig waren, erhalten . . . . .	14,85 Mt.
Lernende Anlegerinnen . . . . .	10,50 „
Ausfängerinnen . . . . .	11,50 „
Lernende Ausfängerinnen . . . . .	10,— „

Das ist das Resultat eines 14-wöchigen Kampfes. War es notwendig, um das, was jetzt als berechtigt zugesprochen werden mußte, das Hilfspersonal in einen Kampf zu zwingen, der beiden Seiten so schwere Schädigungen brachte. Bei der notwendigen Einsicht der Prinzipale hätte sich dieser Kampf vermeiden lassen. Es soll hier nicht von Siegen und Besiegten gesprochen werden. Diese um Selbstverständlichkeiten geführten Lohnkämpfe treffen sicherlich beide Teile schwer. Wenn die Prinzipale erst eingesehen haben, die berechtigten Forderungen des Hilfspersonals beizeiten anzuerkennen, so erweisen sie sich dadurch den größten Dienst und vergeben sich und ihrer Standesehre absolut nichts. Das ist von einsichtigen Leuten schon lange anerkannt worden und das sollte den Prinzipalen auch dieser Kampf gezeigt haben.

### Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April vorigen Jahres bereits in Kraft getreten ist, hat bisher noch keinen Beweis seines Daseins gegeben. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind leider solche, die erst auf dem Verordnungswege den Heimarbeitern zum Nutzen kommen können. Solche Verordnungen sind bisher noch nicht erlassen und die Paragraphen des Gesetzes, die allgemein für die Heimarbeiter nützliche Anordnungen treffen, sind noch nicht in Kraft getreten.

Vor allem handelt es sich um die §§ 3 und 4, die den Ausgang von Lohnurteilen oder Lohnurteilen und die Ausgabe von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln anordnen. Diese Bestimmungen können leider durch Bundesratsverordnungen in der Weise durchbrochen werden, daß für einzelne Berufe oder für bestimmte Bezirke von dieser Anforderung, wenn es der Bundesrat anordnet, Abstand genommen werden kann.

Von der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen veranfaßt, um solche Ausnahmen vorzubereiten. Es ist nicht bekannt, in welcher Art diese Erhebungen veranfaßt werden. Es dürfte sich aber empfehlen, daß die Heimarbeiter, insbesondere aber auch die Gewerkschaftsorganisationen sich darum bemühen, daß auch sie bei der Begutachtung mitgehört werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich zu Verordnungen wohl im wesentlichen nur dann verdichten, wenn auch die Gewerkschaftsorganisationen, die Heimarbeiter als Mitglieder oder als Berufsangehörige zählen, sich bemühen, an der Hand des Gesetzes das Verlangen zu stellen, Anordnungen und Vorschriften zu erlassen. Diesem Zweck mögen einige Hinweise dienen. Der § 5 des Gesetzes schreibt folgendes vor:

„Die zuständige Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten durch Verfügung für einzelne Gewerbebetriebe hinsichtlich der Einrichtung der Betriebswerkstätte und der Regelung des Betriebes in den im § 3 Abs. 1 bezeichneten Räumen anordnen, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Zeitversäumnis der Hausarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit erforderlich und nach der Natur der Anlage ausföhrbar erscheint. Für die Ausführung ist eine angemessene Frist zu setzen.

Für Betriebe, die bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehen, sind, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind. Gegen die Verfügung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.“

## Otto Ludwig.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages am 11. Februar 1913.

Das Mäzenatentum des Bayernkönigs Ludwig II. hatte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in der deutschen Literatur das Aufleben einer neuen Art romantischer Dichtung zur Folge, die ihr höchstes Ziel in dem vollkommensten Ausdruck formaler Schönheit sah. Sie wurzelte nicht im Volke und schuf nicht für das Volk, sondern sie war der lebendigen Wirklichkeit abgekehrt und wandte sich allein an die Reichen und an die vermöge ihres Reichthums formal Gebildeten. Jeder Tendenz war sie abhold, großen Problemen hielt sie sich fern. Sie suchte ihre Stoffe vornehmlich in der Vergangenheit, die sie idealisierte, oder in dem Sonnenlande Italien. Naturgemäß fand diese nur an den „guten Gesinnung“ gerichtete neuromantische und neuklassizistische Dichtung ihre bedeutendste Vertretung in dem um Emanuel Geibel gescharten, von Ludwig II. geförderten Münchener Dichterkreise.

Aber gegen diese ästhetisierende und nur in den erdentrüben Regionen kalter Schönheit schwebende Dichtung mit Gestalten ohne Fleisch und Blut machte sich parallel laufend eine starke Strömung geltend, die aus dem frisch pulsierenden Leben schöpfte, die die Wirklichkeit künstlerisch gestaltete. Ihre Repräsentanten studierten die Menschenseele und beobachteten aufmerksamer die im einzelnen Individuum und in den Massen schimmernden Gefühle und Regungen. Und was sie gesehen, beobachtet, nach- und mitempfunden hatten, das schufen sie in ihren Werken nach, deren Gestalten dadurch nicht zu schattenlosen, idealisierten Schemen, sondern zu realistisch erfaßten und dargestellten lebenden Wesen wurden. Und mit dieser Art ihrer Darstellung wurden die großen Probleme der Mensch-

heit gegeben, wo die vorbezeichneten Uebelstände auftreten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden, um Abhilfe zu verlangen.

Soweit bei der Beschäftigung der Heimarbeiter Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit sich ergeben, kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten die zuständige Polizeibehörde gewisse Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter anordnen. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften für die Heimarbeiter die Initiative ergreifen, Anregung in Form von Eingaben, Versammlungsgebungen veranlassen, um schließlich die Gewerbeinspektion zu veranlassen, solchen Forderungen näherzutreten. Für die Nahrungsmittelindustrie können, soweit eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit durch die Art der Herstellung der Nahrungsmittel sich ergibt, bestimmte Anordnungen über Werkstätten und Betriebsrichtungen erlassen werden. Der Bundesrat kann fernerhin bestimmen, daß Heimarbeit, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Heimarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden ist, vollständig verboten wird. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften prüfen, für welche Berufe diese Voraussetzungen zutreffen, um ein Verbot dieser Arbeit zu fordern.

Die Errichtung der Fachauschüsse, die im Gesetz vorgesehen sind, kann nur durch Anordnung des Bundesrats vollzogen werden. Obwohl diese Fachauschüsse keinen erheblichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter ausüben werden, dürfte es zweckmäßig sein, besonders in solchen Distrikten, wo bisher auch die Gewerkschaften gar keinen Einfluß auf die Lohnverhältnisse ausüben vermochten, die Errichtung solcher Fachauschüsse anzulegen. Zweifelsprechend scheint es hier, durch Petitionen an den Bundesrat, die Anregung für bestimmte Berufe und Bezirke zu geben; denn die Fachauschüsse werden für den Beruf und Bezirk eingerichtet, erhalten also nicht eine große Ausdehnung, sondern mehr örtliche Wirksamkeit.

Von bürgerlichen Sozialpolitikern ist beabsichtigt, in Berlin eine Auskunftsstelle für Heimarbeitersreform einzurichten, die sich mit der Durch-

führung des Hausarbeitsgesetzes beschäftigt. Ferner sollen örtliche Hilfsauschüsse eingesetzt werden, die den Heimarbeitern mit Rat und Tat zur Hand gehen sollen, damit sie die Rechte und Pflichten kennen lernen, die ihnen aus der Gesetzgebung erwachsen. Für die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich die Angestellten und Funktionäre ihrer Organisationen diejenigen, die die nötige Auskunfts- und Raterteilung übernehmen. Außerdem können Anfragen an die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin S. D. 16, Engel-Ufer 14, gerichtet werden, die jederzeit bereit ist, Auskunft zu erteilen. Die Gewerkschaften, soweit ihnen die Fürsorge der Heimarbeiter obliegt, werden mithin gut tun, sich mit Eifer der Ausführung der Heimarbeiter zu widmen, um die Aufgaben festzustellen, die nach dem Hausarbeitsgesetz ihnen zufallen.

### Aus dem Genossenschaftsleben.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung hat den Verlust eines ihrer besten Führer zu beklagen. Der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes Max Radefoß ist im Alter von 59 Jahren gestorben, nachdem er durch ein qualvolles Leiden schon lange Zeit hindurch an seiner gewohnten Arbeit behindert war. Sein Name ist mit der Geschichte der deutschen Konsumtenbewegung untrennlich verknüpft, seit 1885 war er Vorstandsmitglied des Vereins Pieschen, 1897 wurde er Vorsitzender des Verbandes sächsischer Konsumvereine und half als solcher auf der Kreuznacher Tagung die Scheidung der fortschrittlichen Konsumvereine von den weissenverdienenden Kredit-, Produktiv- und Handwerker-genossenschaften usw. vollziehen. Die Gründungsversammlung des Zentralverbandes übertrug ihm das Amt des ersten Vorsitzenden, das er bis zu seinem Tode innegehabt hat. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung wird sein Lebenswerk in seinem Sinne weiterführen und sein Andenken wird hier sobald nicht verlöschen.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine macht immer weitere Fortschritte; so hat Mitte Januar auch der Bremer Konsumverein „Vorwärts“ seine Betriebszentrale eingeweiht, wozu sich weit über 10 000 Personen eingefunden

worden, der auf Otto Ludwig durch die Kompositionen seiner Goetheschen Balladen „Die wandelnde Glode“ und „Der Totentanz“ aufmerksam geworden war. Ein tiefes Nervenleiden zwang ihn jedoch trotz seiner großen Fortschritte zur Aufgabe seines musikalischen Studiums und Schaffens. Er kehrte wieder nach Eisfeld zurück, um sich nunmehr der Dichtkunst zuzuwenden. Das für das Studium der Musik gewährte herzogliche Stipendium wurde ihm auf Grund eines befürwortenden Gutachtens des Thüringer Dichters und herzoglichen Bibliothekars Ludwig Beckstein zur Pflege seiner dichterischen Anlagen weiter gewährt. 1842 verließ Ludwig abermals seine Vaterstadt, die er nie wiedersehen sollte. Er ging nach Leipzig und 1843 nach Dresden und Weizien, wo er sich in stiller Zurückgezogenheit seinen poetischen Arbeiten widmete. 1850 ließ er sich dauernd in Dresden nieder, wo er sich 1852 verheiratete und am 25. Februar 1865 nach langen und schweren Leiden starb.

Auf das musikalische und poetische Schaffen Otto Ludwigs sind die vielen bitteren und trüben Eindrücke seiner in den engen Verhältnissen einer deutschen Kleinstadt verlebten Kinder- und Junglingsjahre ebenso wenig ohne Einfluß geblieben, als sein fast krankhafter und an Menschenfeind grenzender Hang zur Einsamkeit und die durch Ueberanstrengung bei seinen musikalischen und poetischen Arbeiten, zu denen er während seiner Kaufmannslehrezeit die Nächte benutzen mußte, hervorgerufene hochgradige Nervenüberreizung. Er hat sein ganzes Leben darunter zu leiden gehabt. Sie wirkten bestimmend auf seinen Charakter und prägen sich aus in seinem tiefen, grüblerischen, in sich geschränkten Wesen und in seinen Werken, in denen er, soweit sie die Tonkunst betreffen, gutes leistete, während sein poetisches Schaffen zu höchster Vollendung geblieb. In seiner künstlerischen Arbeit ging Otto Ludwig durchaus eigene Wege. Das zeigte sich schon bei seiner tonkünstlerischen Betätigung. Daß

heit aufgerollt und analysiert, wurde auch das sogenannte Häßliche künstlerisch verklärt. Der hervorragendste Vertreter dieses der Neuromantik und dem Neuklassizismus entgegenlaufenden poetischen Realismus war — in der dramatischen Dichtung neben Friedrich Hebbel und in der erzählenden Dichtung neben Gottfried Keller und Theodor Storm — Otto Ludwig, dessen hundertsten Geburtstag wir in diesen Tagen feiern.

Otto Ludwig wurde am 11. Februar 1813 in dem thüringischen Städtchen Eisfeld als Sohn des Stadthofbibliothekar und Hofadvokaten Ernst Ludwig geboren. Er war ein außerordentlich begabtes Kind und zeigte bereits als Achtjähriger dichterische Anlagen. 1825 starb sein Vater. Die Mutter wurde mit ihren zwei Söhnen von ihrem Bruder, dem Kaufmann Otto in Eisfeld, aufgenommen, der seinen Neffen 1828 auf das Gymnasium nach Hildburghausen sandte, nachdem er bis zum zehnten Jahre im Elternhause unterrichtet und dann in die Eisfelder Stadtschule geschickt worden war. Wegen der Erkrankung seiner Mutter kehrte er aber schon nach einem Jahre nach Eisfeld zurück, wo er dem Wunsche seiner Mutter entsprechend, die seine Zukunft sicher stellen wollte, als Kaufmannslehrling in das Geschäft seines Onkels kam. Von 1832 bis 1833 besuchte er noch das Lyceum in Saalfeld. Sein eigener gesundheitlicher Zustand zwang ihn abermals zur Heimkehr. Er wollte sich autodidaktisch in der Musik, für die er schon als Vierzehnjähriger bedeutende Anlagen offenbart hatte, ausbilden und ganz der Tonkunst leben. Den Winter verbrachte er im Hause seines Onkels. Im Sommer zog er sich in ein von den Eltern erbtes Gartenhäuschen zurück, wo er nur mit wenigen Freunden seltenen Umgang pflegte. 1839 siedelte er zur Vollendung seines musikalischen Studiums mit einem Stipendium des Herzogs nach Leipzig über. Es war ihm durch den Meininger Kapellmeister Grund erwirkt

hatten. Der Entwicklungsgang des Vereins ist ein anderer, als wir es zu hören gewohnt sind. Bremen hatte einen Verein, dem zirka 5000 Arbeiter angehörten, dieser aber war eine Arbeitergesellschaft und die Mitglieder hatten dort kein Mitbestimmungsrecht. Das Gewerkschaftskartell nahm sich der Sache an und es erfolgten auch Verhandlungen mit der Gesellschaft, die den Mitgliedern mehr Rechte einräumen sollte, aber die Verhandlungen scheiterten, als von jener Seite den Arbeitern der Rat gegeben wurde: "Wenden Sie sich doch von uns ab und steden Sie Ihre Beine unter den eigenen Tisch". Der Rat wurde befolgt, am 14. November 1906 fand die Gründungsversammlung statt Mitglieder waren gleich zu Anfang über 6000 vorhanden. Der Verein konnte darum auch nicht, wie dies sonst üblich war, mit einer Verkaufsstelle beginnen, sondern in rascher Folge mußten zehn Verkaufsstellen errichtet werden. Das Kapital dazu war durch Einzahlung der Geschäftsanteile gedeckt worden und die Gründung wurde von Männern und Frauen getragen, die von der Idee der Genossenschaftsbewegung durchdrungen waren. In wenigen Jahren hat nun der Bremer "Vorwärts" zur Eigenproduktion schreiten können und voller Stolz und Behagen können nun die Bremer organisierten Konsumanten, fast ausschließlich Arbeiter, ihre Beine unter ihren eigenen Tisch stellen und ihr eigenes Brot von demselben essen. Die Mahnung des freisinnigen Herrn Keil, des früheren Redakteurs der Weser-Zeitung, sollte allgemein von der Arbeiterchaft befolgt werden, der Weg dazu ist in den Genossenschaften gegeben.

In den Kreisen der Hamburger Mittelständler kommt man immer mehr zu der Erkenntnis, daß man sich dort mit der Ausnahmebestimmung für die Konsumvereine in die Reihen gesetzt hat. In einer Wählerversammlung erklärte ein Beamter, der kandidiert, "daß man mit der Konsumvereinssteuer genau das Gegenteil von dem erreicht habe, was dem Mittelstand nohtue". Nun wird der Mann wohl, wenn er gewählt wird, veranlassen müssen, daß die Aufhebung der unsinnigen Steuer beantragt wird. — Das Böse gewollt und das Gute getan, nämlich für die Konsumgenossenschaft!

Bald so, bald so, wie's treff! Die "Westdeutsche Mittelstands-Zeitung" knüpft an eine Wiedergabe einiger Ziffern aus dem Jahrbuche des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Bemerkung: "Man darf sich nicht durch die Größe der Zahlen besonders blenden lassen, da der Umsatz von 364 Millionen Mark bei 1324 000 Mitgliedern per Mitglied nur einen Jahresverbrauch von nicht ganz 275 M., also per Monat von weniger als 23 M. ergibt, was für den größten Teil der Lebensmittel einer Familie außerordentlich wenig besagen will." Ein geistesverwandtes Blatt, die in Hannover erscheinende "Deutsche Volkszeitung", dagegen meint: "Daß diese Zahlen die Vernichtung von vielen Tausenden selbständiger wirtschaftlicher Existenzen bedeuten, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden." Wer hat nun Recht? Der Verkleinerer oder der Vergrößerer?

Ausland. Die Margarinefabrik der Großenkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine hat mit dem 1. Januar 1913 ihre Tätigkeit begonnen. Noch vor der Inbetriebnahme gab sie Anlaß zu einem Margarinekrieg. Einige der größten Fabrikanten, mit welchen die Großenkaufsgesellschaft verkehrte, haben den Geschäftsverkehr abgebrochen. Die Händlerorgane zitieren die von der Großenkaufsgesellschaft an die Konsumvereine gerichteten Zirkulare, in denen sie zur Treue gegen die Eigenproduktionsfähigkeit der Konsumvereine auffordern.

Der Zentralverband österreichischer Konsumvereine gab vor kurzem seinen Bericht über die Bewegung im Jahre 1911 heraus. Dort sind in den Kreisen der Industriellen und deren Verbände Bestrebungen im Gange, wenn möglich, Werkkonsumantien und Lebensmittelmagazine zu errichten. Die Statuten der Werkkonsumantien zeigen aufs deutlichste, daß dort von einer Selbstverwaltung nicht die Rede sein kann, und daß diese Gründungen nur auf eine Zersplitterung in der Konsumbewegung hinwirken sollen. Dem gleichen unseligen Zwecke dienen auch in Oesterreich die nationalen Streitigkeiten in Böhmen, in einer Reihe von Städten sind im Berichtsjahr separatistische Konsumvereine entstanden, der Nationalismus wirkt hier

ebenso unheilbringend, wie in den übrigen Teilen der Arbeiterbewegung. Trotzdem schreitet natürlich der gesunde Gedanke der Gewerkschaftsbewegung auch hier vorwärts, die Mitgliederzahl der angeschlossenen Konsumvereine betrug 273 058 gegen 249 457 im Vorjahr. Der Umsatz stieg von 77 auf 85 Millionen Kronen. Warenlager, Realbesitz und Kassenbestand wiesen zusammen über 22 Millionen Kronen auf. Die Produktivbetriebe entwickelten sich nicht so erfreulich, hier macht sich die mangelnde Kapitalkraft bemerkbar, doch zeigt sich eine lebhaftere Bewegung zur Gründung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften.

In Christiania hat sich eine Genossenschaft für rationelle Milchverjorgung gegründet, sie erwarb Grundbesitz in der Größe von 4788 Quadratmetern. Im nächsten Jahre wird die Christiania Milchverjorgung ihren Betrieb eröffnen. Gert.

## Korrespondenzen.

Eberfeld. Die ordentliche Generalversammlung am 19. Januar war von 30 Mitgliedern besucht. Kollege Vollens wurde zum provisorischen Schriftführer bestimmt. Kollege Opitz gab den Kassenbericht. Kollege Löhner berichtete vom verfloffenen Geschäftsjahr. Es fanden 12 Mitglieder- und 15 Geschäftsjahresversammlungen statt, außerdem noch vier außerordentliche Versammlungen, in denen Kollege Klab und Kollegin Thiede referierten. Hauptsächlich dienten diese Versammlungen der Agitation, hatten aber leider nicht den gewünschten Erfolg. Redner legte allen Mitgliedern ans Herz, sich fleißig der Agitation zu widmen. Kollege Weinreich beantragte im Namen der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden wiedergewählt die Kollegen Löhner und Opitz, neugewählt wurden als zweiter Vorsitzender Kollege Matzke, Schriftführer Kollege Vollens. Revisoren wurden die Kollegen Klab und Käufer, Beisitzer die Kollegin Ludwigkeit und Simon. (Eingeg. 28. 1.)

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 25. Januar bei Eidelberg, Rosenf. 16. Unsere erste Versammlung im neuen Jahre und neuen Lokale erfreute sich nicht eines guten Besuchs,

er sich seiner Eigenart voll bewußt war, daß er den Gegensatz erkannt und erfaßt hatte, in den er durch seine das Leben realistisch gestaltende Arbeit zu der damals herrschenden, der Wirklichkeit abgewandten oder sie idealisierenden Kunst trat, brachte er selbst in einigen Sätzen über seinen leipziger Lehrer Felix Mendelssohn-Bartholdy zum Ausdruck. Er schrieb: "Mendelssohn, dem ich einiges aus meiner letzten Oper zeigte, schien es nicht zu gefallen, worauf ich mir am meisten einbildete: das Charakteristische, nämlich, daß ich die Bäuerinnen ihrer Sphäre angemessen singen und sprechen lasse, was freilich nicht mehr Mode ist, da z. B. Wellniss Bauernmädchen sich ausdrücken und singen wie Herzoginnen, und der bis ins kleinste Detail gemalte Amtmann in der "Köhlerrin". Er meinte, diese Auffassungsweise verrate nicht viel Geschmack. Es liegt dies wohl in seiner Individualität, der das Naive, Nächste, Natürlichste fernzulegen scheint."

Und gerade die Erfassung und Gestaltung dieses Naiven, Nächsten, Natürlichsten war Ludwigs Eigenart; sie ist nach der Aufgabe seiner musikalischen Arbeit in seinem poetischen Schaffen zur vollen Entfaltung gelangt.

Der lyrischen Dichtkunst stand Otto Ludwig ziemlich fern. Freilich hat er sich auch auf diesem Gebiete, und zwar noch vor seinem dramatischen Schaffen, betätigt. Die Gedichte seiner Jugend offenbaren den Einfluß des Volksliedes, das infolge der Naivität seiner Form sowohl als seines Inhalts Ludwigs Wesen am meisten entsprach, und vor allen Dingen Goethes. Von seinen späteren lyrischen Gedichten treten besonders seine in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstandenen Buschlieder als selbständige Schöpfungen mit tiefem lyrischen Gehalt und starker Eigenart hervor. Gleichwohl blieb die Lyrik Ludwigs schwächste Seite.

Weit stärker war seine dramatische Gestaltungskraft, die sich in vielen Dramamentwürfen und Fragmenten offenbart und die in den beiden

vollendeten Dramen "Der Erbförster" und "Die Makkabäer" ihren höchsten Ausdruck fand. Der Erbförster zeichnet sich aus durch frische Ursprünglichkeit und gemütsstiefe Wärme, durch wunderbare Schilderung des Milieus und liebevolles Versenken in das Detail, durch realistische Zeichnung der Personen und kraftvoll dramatische Steigerung der Handlung. Mit dem Erbförster, durch den er der konventionellen dramatischen Dichtkunst der damaligen Zeit ein Werk entgegenstellte, das trotz der Abhängigkeit vieler Wendungen seiner Handlung vom Spiel des Zufalls von fortwährender Lebendigkeit und Lebenswahrheit erfüllt war, begründete er seinen Ruf und seinen Namen in der deutschen Dichterkunst. Diesen Ruf befestigte er durch sein dramatisches Hauptwerk "Die Makkabäer", die Ludwigs Biograph Adolf Stern — allerdings unter unverständlicher Außerachtlassung der gewaltigen Dramen Friedrich Hebbels, wie "Judith", "Maria Magdalene", "Herodes und Mariamne", die vor dem Werke Ludwigs erschienen waren — bezeichnete als die "mächtigste und innerlich lebensvollste historische Tragödie, die seit 1830 gebichtet worden war, deren Phantasierichum und Lebensschaffliche Kraft den Vergleich mit den Meisterwerken besserer Kunstzeiten nicht zu scheuen hatte". Auch wenn man sich Sterns überschwänglichem Lob nicht uneingeschränkt anschließt, wird man doch die prächtige Anschaulichkeit, die gewaltige Zeichnung der Charaktere und die Schönheit der Einzelausführung an der Tragödie wohlthuend und genießend empfinden.

Ueber die Makkabäer ist Ludwig in seinem dramatischen Schaffen nicht hinausgekommen. Dafür entfaltete sich sein Dichtergenie in seiner Erzählungskunst zu höchster Vollendung. Hier waren seinem liebevollen Versenken in das Detail künstlerische Schranken gesetzt, hier konnte er sich ausleben in kunstvoller Detailmalerei und minutiöser Schilderung feinsten Seelenregungen. Das entsprach seiner ganzen Veranlagung, seinem

innersten Wesen, und daher gelangte seine Dichtkunst gerade in der Epik zu höchster Meisterschaft, wie seine einzig dastehenden Novellen "Die Heiterethei und ihr Widerspiel" und "Zwischen Himmel und Erde" bezeugen. Erstere ist erfüllt von einem heiteren, sonnigen Humor, mit dem der Dichter seine Heimat, in der die Novelle spielt, und die Kleinstadtmenschen, die er in der Erzählung meisterhaft lebenswahr und plastisch zeichnet, umwohen hat. Letzteres ist ein düsteres, schweres Seelen- und Charaktergemälde; tief packend, voll eherner Konsequenz in der Entwicklung und mit gewaltiger dichterischer Kraft gestaltete der Dichter die tiefe Tragik des Bruderhasses, die sich in der Novelle mit innerer Gewalt vollzieht.

Mit dieser Meisternovelle hatte der Genius des Dichters seinen höchsten Flug getan. Was er nach ihr schrieb und vollendete, waren im wesentlichen kritische Abhandlungen und theoretische Reflektionen. Besonders innig beschäftigt er sich mit Shakespeares, dessen Einfluß auf Ludwigs dramatisches Schaffen unverkennbar ist. Die "Shakespearestudien", die uns zu einer uner schöpften Fundgrube theoretischer Erkenntnisse wurden, sind das wesentlichste uns erhaltene Ergebnis dieser literarisch-theoretischen Arbeit des Dichters.

Betrachten wir Otto Ludwigs Lebenswerk in seiner Gesamtheit und im Zusammenhange mit der deutschen Literatur der nachklassischen Zeit, so läßt sich sein gewaltiger Einfluß auf letztere deutlich verfolgen. Mit seinem gleichstrebenden, einen Monat später geborenen Zeit- und Altersgenossen Friedrich Hebbel hat er die deutsche Dichtkunst von Schöngelsterei und Unnatur zur Wahrheit, Tiefe und innerer Kraft geführt. Das hat seinem Namen einen hervorragenden Platz in der deutschen Literaturgeschichte gesichert. Und seine Werke, durch die er seine Mission erfüllte, haben seinen Ruhm unvergänglich gemacht.

deswegen wurde der Punkt „Bedeutung der Tarife für die Arbeiterchaft“ bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Abrechnung vom vierten Quartal soll ebenfalls in der nächsten Versammlung gegeben werden. Kollege Sellge begrüßte die Mitglieder zum neuen Jahre und bedauerte den schlechten Besuch. Wir hätten gerade jetzt alle Ursache, uns rege am Verbandsleben zu beteiligen, da auch in unserem Verufe das Schachtmachertum immer mehr Oberhand zu gewinnen suche. Der Vorstand gedenke, in eine rege Agitation zu treten und habe deswegen einen tüchtigen Referenten zum Punkt „Bedeutung der Tarife für die Arbeiterchaft“ bestellt, der ja nun hoffentlich das Referat in der nächsten Versammlung halten könne. Die Anwesenden mögen sich angelegen sein lassen, in den Geschäften für die Versammlungen tüchtig zu agitieren. Lohge kommt ebenfalls auf die Agitation und unsere Kassierung zu sprechen und führt aus: Der Vorstand habe sich in einigen Sitzungen mit den inneren geschäftlichen Angelegenheiten beschäftigen müssen, auch mit dem Verbandsvorstande habe er deswegen korrespondiert. Unserem Wunsche, eine Hilfe zu bekommen, könne heute noch nicht entprochen werden und so müßte eben auf anderem Wege für die Agitation und Kassierung geholfen werden. Der Angestellte soll in Zukunft des nachmittags und abends für die Agitation und die Kassierung freigekauft werden, dazu sei die Mithilfe aller Vorstandskollegen in besonderem Maße nötig. Die Bureauzeit würde eine Verringerung erfahren, und ebenfalls sei das Bureau zu verlegen. Die Vorstandskollegen seien bisher immer aus den Reihen der Kollegenchaft bei Auer hervorgegangen, und das würde auch wohl in der Zukunft so bleiben. Um den Vorstandskollegen Gelegenheit zu geben, jederzeit, wenn Lohge auf Agitation und Kassierung sei, mit eingreifen zu können, solle das Bureau nach der Theaterstr. 44 (Gebäude des „Hamburger Echo“) verlegt werden. Unser jetziges Zimmer sei mit den Jahren auch etwas zu klein geworden, ein größeres würde uns im Gewerkschaftshause zu teuer kommen. Hier in der Theaterstraße hätten wir für fast dasselbe Geld einen bedeutend größeren Raum. Erweiterte Sitzungen ließen sich sehr gut dort abhalten. Zweck Agitation seien jeden Monat diese erweiterten Sitzungen nötig. Der Vorstand ersuche nun, seinen Vorschlägen, die zum Wohle der Zahlstelle dienen sollen, zuzustimmen. Hieran schließt sich eine rege Diskussion, an der sich die Kollegen Neben, Schaller, Binna, Bape, Kirchner, Sellgen, Hagen und die Kollegin Borringer beteiligen. Neben ist gegen die Verlegung des Bureaus, sonst sprechen sich alle für die Vorschläge des Vorstandes aus, doch wird verurteilt, daß der Vorstand schon jetzt die Mitgliederversammlung vor vollendete Tatsachen stelle, es hätte erst sollen eine Vertrauenspersonensitzung und dann die Versammlung reden. Der Antrag des Vorstandes wird gegen eine Stimme angenommen. Ein Antrag, den jetzigen Hilfskassierern statt zwei Prozent fünf Prozent zu geben, wird dem Vorstande überwiesen. Kollege Reefe machte auf unseren „Gemischten Chor“ aufmerksam und ersuchte, sich diesem anzuschließen. Einem Wunsche des Kollegen Körner, unter Versammlungsangelegenheiten im „Hamburger Echo“ auch unsere Versammlungen bekannt zu geben, wird in Zukunft Rechnung getragen werden. Sodann machte Kollege Sellge auf unser Stützungsfest, das am ersten Oftertage in Altona in den Blumenfäden abgehalten werde, aufmerksam. Karten seien nur im Bureau und beim Festauschuß zu haben, an die Vertrauensleute würden keine Karten mehr ausgegeben. Ein Antrag des Festauschusses, im Sommer eine Dampferfahrt nach Latzenberg zu machen, wird angenommen. Unsere Versammlungen finden jetzt jeden letzten Sonnabend im Monat statt und zwar bei Eidelberg, Kleine Rosenstr. 16. (Eingeg. 28. 1.)

**Hannover.** Die Generalversammlung am 26. Januar nahm den Tätigkeitsbericht des Vorstandes zur Kenntnis. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 203 männliche und 239 weibliche. Die Gesamtjahreseinnahme betrug 12 970,83 M. Die Gesamtausgabe betrug inf. der an die Hauptkasse gezahlten 3395,13 M. 11 851,30 M. Der Bestand der Kasse beläuft sich auf 1119,53 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: an Arbeitslose am Orte 1259,35 M., auf der Reise 39,70 M., an Kranke 1645,65 M., an Wöchnerinnen 180 M., an Streikende 224,60 M. und an Extraintersubventionen 39,50 M. Nach erfolgter Neuwahl des Vorstandes, deren Ergebnis demnächst bekanntgegeben werden soll, wurde die Versammlung geschlossen. (Eingeg. 3. 2.)

**Magdeburg.** General-Versammlung am 19. Januar. Kollege Töpel weist auf die vom Hilfszusausschuß veranstalteten Vortrags- und Rezitationsabende (Heine und Rosenow) hin. Eintrittskarten sind im Bureau und bei den Hilfskassierern zu haben. Eine umfangreiche mit Hilfe der Buchdrucker-Vertrauenspersonen aufgenommene Statistik, die sich über 44 Betriebe erstreckt, aus 32 Betrieben ist allerdings erst das Material ausgefüllt zurückgekommen, jetzt die Verwertung nunmehr in die Lage, an Hand einer großen Anzahl von Adressen unorganisierter Kollegen und Kolleginnen eine gründliche Hausagitation vorzunehmen. Zur Mithilfe melden sich noch zwei Kollegen. Der frühere Kassierer Beck wird wegen groben Vertrauensbruchs ausgeschlossen. Der Jahresbericht erstreckt sich auf 1 1/4 Jahr. Kollege Töpel bespricht die im vorigen Jahre stattgefundenen Tarifverhandlungen, die Gestaltung unseres jetzigen Tarifs und seine Einführung. Er betont dabei, daß hauptsächlich in den Betrieben, wo unser Mitgliederbestand ein guter ist, die Einführung unseres Tarifs ohne große Schwierigkeiten vor sich ging. Und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so sind doch die Löhne für die Nachtarbeiter um zehn Prozent und für die Arbeiterinnen um 12 1/2 Prozent aufgebessert. Um in Zukunft weitere Erfolge verzeichnen zu können, müsse alles daran gesetzt werden, unsere Organisation auszubauen. Durch die Anstellung einer Beamtin sei es möglich, das große Agitationsfeld mit mehr Nachdruck zu bearbeiten. Sicher wird sich unsere Zahlstelle gut entwickeln, wenn es nicht an der Mitarbeit der Mitglieder fehlt. Kollegin Woffe gibt den Kassierbericht vom vierten Quartal 1912. Ihr wird auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigt folgendes Resultat: erster Vorsitzender Kollege Töpel, zweite Vorsitzende Kollegin Fuchs, erste Kassiererin Kollegin Woffe, zweite Kassiererin Kollegin Baumgart, erster Schriftführer Kollege Lochmann, zweiter Schriftführer Kollege Lochau. Als Revisoren werden die Kollegen Kühne, Eide und Meißler, als Kartelldelegierte die Kollegin Knecht und Kollege Lochmann gewählt. (Eingeg. 28. 1.)

### Rundschau.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand am 23. und 24. Januar im Berliner Gewerkschaftshause statt. In erster Stelle nahm die Konferenz den Bericht über die Gründung und Organisation der Gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungs- = Aktiengesellschaft „Volkshilfe“ entgegen, deren Satzungen und Versicherungsbedingungen zurzeit dem kaiserlichen Amt für Privatversicherung vorliegen. Die Konferenz beschloß die Erhöhung des Organisationsfonds auf 200 000 M. und stimmte dem vorgelegten Organisationsplan zu, wonach die gewerkschaftlichen Organisationen mit der Einziehung der Prämien betraut werden. Ueber die Fragen, in welchem Umfange die Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern übernommen werden kann und ob zu diesem Zwecke weitere Arbeitersekretariate ins Leben gerufen und aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden sollen oder ob diese Vertretung den Bezirken unter Schaffung von Bezirkskartellen zu

überlassen ist, kam es zu keiner entscheidenden Abstimmung, weshalb die Vorstände sich schriftlich darüber entscheiden sollen. Für die durch den Balkanrieg an den Rand des Ruins gebrachten Gewerkschaften Bulgariens und Serbiens sollen zum Wiederaufbau ihrer Organisationen Mittel durch Sammlungen in den deutschen Gewerkschaften aufgebracht werden.

In den weiteren Verhandlungen wurden Fragen der Streitunterstützung, der Haftung der Gewerkschaften für Vohlottipublikationen, der Berichterstattung über Verbandsstage, der Veranstaltung von Vortragsstunden über Gewerkschaftswesen und der Berichterstattung an das kaiserliche Statistische Amt über Arbeitslosigkeit erörtert und auf die Benutzung der Verzeichnisse der in deutscher Sprache vorhandenen Gewerkschaftsliteratur aufmerksam gemacht.

Der achte internationale Kongreß der Lithographen und Steindrucker wird zum 3. bis 6. September 1913 nach Wien einberufen. Das internationale Sekretariat gibt noch bekannt, daß für diejenigen Organisationen, die dem erweiterten Gegenseitigkeitsvertrag zugestimmt haben, am 2. September eine Vorkonferenz stattfindet. Organisationen, die dem internationalen Sekretariat nicht angehören und sich auf dem Kongreß vertreten lassen, haben kein Stimmrecht.

Die gewerkschaftliche Hilfsaktion für die Organisationen in Serbien und Bulgarien. Der Aufruf des Internationalen Sekretariats zur Unterstützung der durch die Kriegswirren bedrohten Arbeiterbewegung in Serbien und Bulgarien hat allenthalben gute Aufnahme gefunden, so daß die Hoffnung besteht, daß es dank der internationalen Solidarität der Arbeiterchaft möglich sein wird, die Gewerkschaften jener Länder zu erhalten und ihre Bewegung nach dem endgültigen Abschluß des Krieges schneller noch wie bisher zu entwickeln. Aus Belgrad schreibt der Genosse B. Pawlowitsch, der Sekretär der serbischen Gewerkschaften, zu dem Aufrufe des Internationalen Sekretariats:

„Das Entgegenkommen der Genossen im Auslande, welche unseren Gewerkschaften zu Hilfe kommen wollen, begrüßen wir im Interesse der ganzen Arbeiterbewegung. Von der auswärtigen Unterstützung der Gewerkschaften des Balkans hängt in der Tat deren Existenz und Fortentwicklung ab. Dabei ist in Serbien wie auch in den anderen Balkanländern die Frage der Gewerkschaft für die arbeitende Bevölkerung tatsächlich eine Lebensfrage. Die verheerenden Wirkungen des Krieges sind überall zu spüren, eine ernste wirtschaftliche Krise droht zudem die Zukunft. Nur durch kräftige Organisationen werden die Arbeiter des Balkans in etwas die verheerenden Kriegswirungen lindern können. Und wenn ihnen das nicht gelingt — ohne fremde Hilfe kaum — so ist bald auf eine große Auswanderung zu rechnen, die wiederum den Arbeitern anderer Länder Schaden könnte . . .“

### Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Bremen 255.22, Breslau 472.90, Crimmitschau 186.46, Dresden 1224.39, Kaufbeuren 138.25, Mühlhausen 25.—, Straßburg 508.70 M.

S. Loda H.

## Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands Bahlstelle Leipzig.

Sonntag, den 16. Februar 1913, nachmittags 1/2 3 Uhr

# Ordentliche General-Versammlung im Gesellschaftssaale des „Volkshaus“, Beikerstraße 32.

### Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Vorstandes.
2. Neuwahl des Vorstandes und eines Revisors.
3. Vereinsmitteilungen.

Kolleginnen und Kollegen! Bei einer General-Versammlung, die durch ihre Beschlüsse eine gewisse Verantwortung übernimmt, ist nicht nur das Erscheinen eines bestimmten Prozentsatzes der Mitglieder, sondern der Besuch Aller erforderlich.

**Eröffnung pünktlich! Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!**

Für den Gesamt-Vorstand:

U. b. U. e. n. d.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 6.

Berlin, den 8. Februar 1913.

19. Jahrgang.

## Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911.

I.

In der Statistik des deutschen Arbeiterschutzes sind im Jahre 1911 wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Nachdem im Vorjahre anstatt des unbestimmten Betriebsgrößenbegriffes „Fabriken“ der bestimmtere Begriff „Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern“ zur Grundlage der Statistik gemacht und eine Reihe von Veränderungen des Schutzes erwachsener Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter durchgeführt worden sind, bietet die Statistik des Berichtsjahres zum ersten Male wieder vergleichbare Ziffern. Das Jahr 1911 war ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwunges und der lebhafteren Beschäftigung. Diese Tatsache kommt sowohl in der Betriebs- und Arbeiterstatistik, als zum Teil auch in der Statistik der bewilligten Ueberarbeit zum Ausdruck. In solchen Jahren tritt erfahrungsgemäß die Durchführung des Arbeiterschutzes hinter die Durchführung der Bestellungen und Aufträge, d. h. hinter die Produktion zurück. So ist denn auch für das Berichtsjahr ein relativer Rückgang des Revisionsverhältnisses der Betriebe und Arbeiter zu verzeichnen. Wenn trotzdem die Zahlen der ermittelten Vergehen, wie auch besonders die der Ueberstundenarbeit für erwachsene Arbeiterinnen nicht größer, sondern kleiner geworden sind, so dürfen wir darin den heilsamen Einfluß der Gewerkschaftsorganisation erkennen, der sich in erster Linie gegenüber der Willkür der Unternehmer durchsetzt, aber auch den Arbeiterschutzbehörden eine größere Verantwortung auferlegt.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist von 512 auf 533, also um 21 vermehrt worden. Von diesen Beamten sind 60 Regierungs- und Gewerbeärzte, 236 Gewerbeinspektoren, 177 Assistenten, 38 Assistentinnen und 20 sonstige Beamte. Von den vermehrten Stellen entfallen 15 auf Preußen, zwei auf Württemberg und je eine auf Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar und Oldenburg. In Preußen erhielten von dem Beamtenzuwachs Ostpreußen 2, Brandenburg 1, Schlesien 4, Provinz Sachsen 2, Hannover 1, Westfalen 1, Hessen-Nassau 1 und das Rheinland 4, während Westpreußen einen Beamten weniger erhielt. Die Zahl der Assistentinnen wurde um 7 vermehrt, wovon 4 auf Preußen (drei Brandenburg, eine Schlesien) und je eine auf Sachsen, Württemberg und Oldenburg kommen. Diese Vermehrung ist besonders im Hinblick auf die Erweiterung des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes zu begrüßen, dessen Ueberwachung an die Aufsichtsbehörden ja nun auch höhere Anforderungen stellt.

Gleichwohl hat die Vermehrung des Beamtenpersonals nicht gleichen Schritt gehalten mit der Zunahme der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe und Arbeiter, denn die Zahl der Betriebe stieg um 5,4 Proz. und die der Arbeiter um 4,8 Proz., während die der Beamten nur um 4,4 Proz. wuchs. So ergibt sich denn das beschämende Resultat, daß trotz der vermehrten Arbeitskraft, die durchschnittlich auf jeden Beamten kam (1910 pro Beamten 545,6 Betriebe und 11 312,7 Arbeiter, 1911: 552,8 Betriebe und 11 439,2 Arbeiter) ein geringerer Prozentsatz der Betriebe und Arbeiter revidiert werden konnte als im Vorjahre. Es wurden von den Revisionen betroffen 54 (1910 gleich 54,2 Proz.) der Betriebe und 81,7 Proz. (1910: 82,3 Proz.) der Arbeiter.

Die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten genügt noch immer nicht dem vorhandenen Bedürfnis. Zwar kamen im Reichsdurchschnitt auf jede Beamtin nur 36 675,8 Arbeiterinnen (gegen 40 627 im Vorjahre), aber weit über diesen Reichsdurchschnitt steht noch immer Preußen, wo auf jede Assistentin im Durchschnitt 55 044 (im Vorjahre 78 680) erwachsene Arbeiterinnen entfielen.

Im Interesse der energischen Durchführung des Arbeiterinnenschutzes muß für eine Erweiterung des weiblichen Aufsichtspersonals Sorge getragen werden. Die weibliche Fabrikinspektion ist längst über die Zeiten der Versuche hinaus; sie hat sich durchaus bewährt und muß nun derart ausgebaut werden, daß sie den an sie gestellten Aufgaben vollauf gewachsen ist.

Das Institut der Arbeiterassistenten ist seither auf Hessen beschränkt geblieben. Nur in Elsaß-Lothringen hat man neben neun städtischen Baubeamten einen Gehilfen aus Arbeiterkreisen angestellt. Hier ist die Reichsstatistik ungenau, weil die baugewerbliche Inspektion in den übrigen Bundesstaaten Sache der Landes- bzw. Gemeindebehörden und von der Gewerbeinspektion getrennt ist und dort daher auch nicht von der Gewerbeaufsichtsstatistik erfaßt wird. So hat auch die baugewerbliche Aufsicht in Bayern einige Kontrollreue aus dem Arbeiterstande und auch für eine Reihe von Bundesstaaten und Städte dürfte das gleiche zutreffen.

Die Anzahl der Vergaugsichtsbeamten ist um 8, von 114 auf 122 gestiegen. Von den Neuanstellungen kommen 2 auf Sachsen, 4 auf Braunschweig und 2 auf Schwarzburg-Sondershausen. In letzterem Staate wurden seither die Revisionen von preussischen Beamten ausgeführt. Obwohl die Gesamtzahl der der Vergaugsichtsunterstellten Betriebe von 3187 auf 3305, also um 118, und die der Arbeiter von 821 365 auf 838 540, also um 17 175 stieg, hat sich doch der durchschnittliche Arbeitsbereich des einzelnen Beamten infolge der Neuanstellungen von 28 auf 27,1 Betriebe und von 7205 auf 6873,3 Arbeiter verringert. Davon wurde allerdings der preussische Bergbau nicht berührt; hier ist im Gegenteil die Arbeitslast des einzelnen Beamten nicht unerheblich gewachsen, eine Tatsache, die im Rückgang des Prozentverhältnisses der revidierten Betriebe von 95,3 auf 93,7 Proz. ihren Ausdruck findet.

Im allgemeinen steht das ziffernmäßige Ergebnis der Revisionen im Bergbau günstig gegenüber dem in der Gewerbeaufsicht, denn im Berichtsjahre wurden nur 5,6 Proz. der Betriebe nicht kontrolliert und gar nur 0,1 Proz. der Bergarbeiter blieben von diesen Revisionen unberührt. Indes müssen an die Vergaugsichts nicht allein wegen der außerordentlich hohen Gefährlichkeit des Betriebes an sich, sondern auch wegen der ständig wechselnden Betriebsverhältnisse ganz andere Ansprüche gestellt werden, als an andere Industrien, und auch die Gesetzgebung hat dieser Selbstverständlichkeit Rechnung getragen durch Einführung besonderer Kontrollorgane, der Sicherheitsmänner aus Arbeiterkreisen.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Jahre 1911 spiegelt sich mit aller Deutlichkeit in der starken Zunahme der Betriebe und beschäftigten Arbeiter wieder. Die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe stieg gegenüber dem Jahre 1910 von 282 592 auf 297 969, also um 15 377 oder um 5,4 Proz. und die der in diesen Betrieben tätigen Arbeiterschaft von 6 617 584 auf 6 935 657, also um 318 073 oder um 4,8 Proz. Im besonderen haben sich die Betriebe mit erwachsenen Arbeiterinnen von 93 155 auf 97 512, also um 4 357 oder 4,6 Proz., die Betriebe mit jugendlichen Arbeitern von 104 181 auf 110 240, mithin um 6,8 Prozent vermehrt. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter seit dem Vorjahre von 4 868 830 auf 5 099 154, also um 230 324 oder 4,7 Proz. zugenommen, die der erwachsenen Arbeiterinnen von 1 259 558 auf 1 317 682, also um 58 124 oder 4,6 Proz., die der jugendlichen von 14 bis 16 Jahren von 476 326 auf 505 417, somit um 29 091 oder 6,1 Proz. und die der Kinder bis zu 14 Jahren von 12 870 auf 13 404 oder um 534 gleich 4,1 Proz. Diese Entwicklung stimmt überein mit den Erfahrungen der Vorjahre, nach denen die Hauptzunahme auf die jugendlichen Arbeiter entfällt, während der

Zustrom erwachsener Arbeiterinnen ständig zurückgeht. Die letztere Erscheinung widerspricht zwar anscheinend den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlung, nach denen die Frauenarbeit in Industrie und Gewerbe in stärkerer Zunahme begriffen ist, als die Männerarbeit. Aber es sind nach den Ergebnissen der Gewerbeaufsichtsstatistik nicht die der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betriebe, denen sich der Hauptstrom der Arbeiterinnen zuwendet, sondern es sind teils Handelsbetriebe und teils die Betriebe mit weniger als 10 Personen, die den größten Zuwachs an Frauenarbeit aufnehmen, während dieselbe bei den größeren Industrie- und Gewerbebetrieben immer mehr und mehr durch jugendliche Arbeitskräfte ersetzt wird. Man könnte diese Entwicklung begrüßen, wenn sie durchweg von hygienischen Rücksichten geleitet wäre, d. h. wenn die Arbeitgeber darauf verzichteten, Arbeiterinnen in einer für diese ungeeigneten Weise zu beschäftigen und auch den jugendlichen nicht solche Arbeiten zumuten, denen sie noch nicht gewachsen sind. In der Regel dürfte aber das Motiv für die vermehrte Beschäftigung jugendlicher sein, noch billigere Arbeitskräfte zu gewinnen, deshalb haben die Gewerkschaften auch allen Anlaß, diesen Verschiebungen innerhalb der Arbeiterbeschäftigung ihre vollste Aufmerksamkeit zu widmen und ihre Ursachen und Wirkungen zu untersuchen, um für die Gewerkschaftsstatistik daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Von der Gesamtarbeiterzahl von 6 935 657 entfallen 53,5 Proz. auf Deutschlands typische Großindustrien, nämlich 1 134 441 auf Bergbau, Hütten und Salinen, 1 653 863 auf die Metall- und Maschinen- und 922 817 auf die Textilindustrie. Der Anteil dieser drei Industrien hat sich gegenüber dem Vorjahre nur wenig verändert. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß das Baugewerbe zum größten Teil der Gewerbeaufsicht entzogen und in dieser Statistik daher nicht berücksichtigt ist. Nach Höhe ihrer Arbeiterzahl folgen den genannten Industrien die Nahrungsmittelindustrie mit 669 885, die Industrie der Steine und Erden mit 657 137, die Holzindustrie mit 429 975, die Bekleidungsindustrie mit 398 614, die Baugewerbe mit 280 156, die polygraphischen Gewerbe mit 190 295, die Papierindustrie mit 188 183, die chemische Industrie mit 156 405, die Lederindustrie mit 110 909, die forstwirtschaftliche Industrie mit 77 889, die Reinigungsindustrie mit 49 785 und endlich diverse Industrien mit 17 303 Arbeitern.

Nach Bundesstaaten verteilt, entfallen 4 151 577 oder rund 60 Proz. aller Arbeiter auf Preußen, 600 991 auf Bayern, 790 846 auf Sachsen, 256 094 auf Württemberg, 263 880 auf Baden, 125 039 auf Hessen, 247 089 auf Elsaß-Lothringen, während die kleineren Bundesstaaten unter 100 000 Arbeiter zurückbleiben.

Betrachten wir die Verteilung der Arbeiter nach Alter und Geschlecht, so zeigt sich, daß in den Gruppen „Bergbau, Hütten und Salinen“ sowie „Baugewerbe“ fast nur erwachsene männliche Arbeiter (94,8 Proz.) beschäftigt werden. Ueber 80 Proz. macht der Anteil derselben auch in den Gruppen „Maschinen und Instrumente“ sowie „Holz- und Schnitzstoffe“, „Forstwirtschaftliche Produkte“, „Steine und Erden“ und „Chemische Industrie“ aus. Die erwachsene weibliche Arbeitskraft überwiegt in den „Bekleidungsindustrien“ und „Reinigungsindustrien“ und erreicht in der Textilindustrie mit 47,6 Proz. fast die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft. Die jugendlichen und kindlichen Arbeitskräfte treten am meisten hervor in den Gruppen „Verschiedene Industrien“ (15 Proz.), „Bekleidungsindustrie“ (13,7 Proz.), „Metallbearbeitung“ (10,3 Proz.), „Polygraph. Gewerbe“ (10,4 Proz.), „Papierindustrie“ (10 Proz.) und „Textilindustrie“ (9,9 Proz.). Von der Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Arbeiter entfallen 21,1 Proz. auf Bergbau, Hütten

und Salinen, 26,8 Proz. auf die Maschinen- und Metallindustrie und 10,8 Proz. auf die Industrie der Steine und Erden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen kommen allein 33,3 Proz. auf die Textilindustrie, 18,3 Proz. auf die Bekleidungs- und 13,7 Proz. auf die Holzindustrie. Von den Jugendlichen absorbiert die Textilindustrie 17,4 Proz., die Maschinen- und Metallindustrie 27,1 Proz. und die Bekleidungsindustrie 10,5 Proz. Von den ständlichen Arbeitskräften endlich finden sich 30,2 Proz. in der Textilindustrie, 20,5 Proz. in der Metall- und Maschinenindustrie, 11,9 Proz. in den Bekleidungsindustrien und 10 Proz. in der Industrie der Steine und Erden.

Die Verteilung der Geschlechter bei Erwachsenen und Jugendlichen ergibt den geringsten Anteil des erwachsenen weiblichen Geschlechts im Baugewerbe (0,4 Proz.) und im Bergbau (1,5 Proz.), den höchsten in den Reinigungs- und Bekleidungsindustrien (74,8 Proz.), Bekleidungsindustrien (70,3 Proz.) und Textilindustrie (52,8 Proz.). Bei den Jugendlichen überwiegt das weibliche Geschlecht in den Bekleidungsindustrien (82,8 Proz.), Reinigungsindustrien (77,7 Proz.), Textilindustrie (61,8 Proz.), Papierindustrie (55,5 Proz.) und forstwirtschaftliche Industrie (53,2 Proz.).

Die Ziffern der Betriebs- und Arbeiterstatistik können für die gewerkschaftliche Praxis auf die mannigfache Weise nutzbar gemacht werden, wobei wir auf die weit mehr spezialisierte Statistik der amtlichen Gewerbeinspektionsberichte aufmerksam machen möchten, deren Studium den Gewerkschaftsleitungen nicht dringend genug empfohlen werden kann.

## Korrespondenzen.

**Dresden.** Am 28. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr zahlreich besucht war. Den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1912 gab Kollege Franz Herrmann. In einstündigen Ausführungen erläuterte er den bereits gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Auszüglich wurden die Lohnbewegungen und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bei verschiedenen Firmen bekanntgegeben und damit der Beweis erbracht, daß immerhin Fortschritte zu verzeichnen waren. Um festzustellen, inwieweit und in welcher Höhe die Zulagen für das Hilfspersonal infolge des neuen Gehilfen-tarifes erfolgt sind, wurde eine dahingehende Statistik aufgenommen. Hierbei mußte konstatiert werden, daß von 80 dem Prinzipalsverein angehörenden Firmen nur 20, und diese nicht alle für das gesamte Hilfspersonal, Lohnzulagen in Summa von 173,50 Mk. pro Woche gewährt hatten. Hierüber machten sich noch in hygienischer Beziehung und wegen sonstiger Mängel häufig Beschwerden mit Arbeitgebern nötig, welche meistens von Erfolg begleitet waren. Die Dresdner Unternehmer wollen der Öffentlichkeit immer Glauben machen, daß alle Verbesserungen und Fortschritte für die Hilfsarbeiterschaft nur ihrer Initiative und Einsicht zu verdanken seien, während doch einzig und allein nur die Furcht vor der organisierten Arbeiterkraft die eigentliche Triebkraft hierzu gewesen ist. Jedenfalls werden die hiesigen Prinzipale schon eingesehen haben, daß sie auf die Dauer an ihrem bisherigen reaktionären Standpunkt nicht festhalten können und den teuren Zeitverhältnissen Rechnung tragen müssen, da andernfalls die Hilfsarbeiterschaft den Kampf um eine menschenwürdige Existenz mit allem Nachdruck fortführen wird. Die Tätigkeit des Beamten als Gauleiter war im vergangenen Jahre nicht so umfangreich, schon deshalb nicht, weil dieser in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Kassierer der Zahlstelle Dresden seine volle Arbeitskraft fast ausschließlich letzterer widmen muß. Die Mitgliederbewegung bietet das Bild einer ständigen Mutation. Ebenso wie durch zahlreiche Betriebsbesprechungen und Agitation eine Anzahl Mitglieder dem Verband zugeführt wurden, verlassen andere, die den Organisationsgedanken noch nicht richtig begriffen haben und den Interessen der Arbeiterkraft gleichgültig gegenübersehen, deren Reihen. Dennoch ist es intensiver Arbeit zu verdanken, daß nach einem Herbstentzug der Mitgliederzahl infolge der Aussperrung im ersten, zweiten und dritten Quartal am Schlusse des Jahres ein Bestand von 950 Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Arbeitsnachweis wurde im verfloffenen Jahre gleichfalls stark frequentiert; obgleich unser Bestreben dahin geht,

den Zinnungsnachweis der Buchdrucker gänzlich auszuscheiden, können dennoch verschiedene Mitglieder sich dieser Anordnung nicht fügen. Leider mußten infolge der Aussperrung mehrere Stein-schleifer zu anderer Arbeit greifen, da sie nicht untergebracht werden konnten. Die Tatsache, daß neue ungeübte Kräfte von alten Schleiferkollegen des öfteren angelernt werden, hat dazu geführt, daß ein Ueberangebot in dieser Sparte vorhanden ist, was den betreffenden Kollegen aufs Schuld-fonto gesetzt werden muß. Von Interesse ist eine seit 1. Juli angenommene Statistik, welche ver-zeichnet, daß innerhalb eines halben Jahres 28 Hilfsarbeiter 57 Mk. und 65 Hilfsarbeiterinnen 66 Mk. per Woche mehr an Lohn erhalten haben, als sie in der früheren Beschäftigung hatten. Somit ist der Beweis erbracht, daß, wenn unser eigener Nachweis benutzt wird, zweifellos eine allmähliche Steigerung der Löhne erzielt werden kann. Die Arbeitsnachweis-Statistik ergibt folgendes Bild: arbeitslos gemeldet haben sich 501 Mit-glieder; Stellen gemeldet wurden 422; besetzt wurden 334 Stellen; nicht besetzt wurden wegen zu niedrigem Lohn 14, wegen Mangel an Personal 41 Stellen. Selbst Stellung gefunden oder in andere Berufe gegangen resp. arbeitslos geblieben sind 293 Personen. Arbeitslos waren im Jahre 1912 117 Kollegen 1972 Tage, 125 Kolleginnen 1931 Tage, außerdem 157 Mitglieder 1081 Tage, die noch nicht unterstützungsberechtigt bez. bereits aus-gesteuert waren. Die Gesamtunterstützung betrug 5631,65 Mk. Krank von 82 Kollegen 1218 Tage, 121 Kolleginnen 2381 Tage, außerdem 60 Mitglieder 1429 Tage, die noch nicht unter-stützungsberechtigt bezw. ausgesteuert waren. Die Gesamtunterstützung betrug 2062,20 Mk. Es waren demnach bei einem durchschnittlichen Mitglieder-bestand von 900 Köpfen 29,22 Prozent krank und 44,33 Prozent arbeitslos. In sonstigen Ausgaben belief sich die Streikunterstützung auf 235 Mk., die Wöchnerinnenunterstützung auf 380 Mk., die Gemäßigtenunterstützung auf 81,16 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 6115,56 Mk. Die Einnahmen betragen insgesamt 15 528,50 Mk. Berechnet man die Reineinnahme an Beitrags-marken von 15 316,60 Mk., so beträgt die Arbeits-lofenunterstützung mit 5631,65 Mk. gleich 36,70 Prozent und die Krankenunterstützung mit 2062,20 Mark gleich 13,46 Prozent, mithin beide Unter-stützungen rund 50 Prozent dieser Einnahmen. Kollege Thirach als Revisor beantragte hierauf die Entlastung des Kassierers, welche einstimmig erfolgte. Zu agitatorischen Zwecken, Bekannt-machungen, Veranstaltungen usw. wurden im Bureau 22 342 Vertriebsfähigkeiten hergestellt bezw. gedruckt. Die Korrespondenz verzeichnet 1088 Eingänge, denen 1291 Ausgänge gegenüberstehen. Die Neuwahlen zur Verwaltung zeitigten folgen-des Resultat: P. Herrmann, Vorsitzender. Ver-waltungsmitglieder: die Kollegen Sünberhauf, Genfer, Tränker, Döbler und Gubisch und die Kolleginnen Gihrau und Zahn. In die Revisions-kommission die Kollegen Thirach und Bartel und die Kollegin Begand. Ueber den Stand der Tarifbewegung im Buchdruck berichtete Kollege Franz Herrmann und besprach die in dieser An-gelegenheit weiterhin durchzuführenden Maß-nahmen. Unter „Verschiedenes“ gab der Vor-sitzende bekannt, daß am 22. Februar ein Familien-abend mit Tanz in der Zentralthalle stattfindet, wozu das bekannte „Berliner Ull-Extr.“ engagiert worden ist. Die Karten hierzu sind bei sämtlichen Vertrauensleuten und im Bureau bereits zu haben. (Eingeg. 3. 2.)

**Frankfurt a. M.** Mitgliederversammlung am 28. Januar. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Wegen einer großen Pflückergegenwart des früheren Schriftführers wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß die jährliche Re-muneration an auscheidende Vorstandsmitglieder nur dann zur Auszahlung kommt, wenn der Betreffende seine Geschäfte ordnungsgemäß er-ledigt und übergeben hat. Des ferneren wurde davon Mitteilung gemacht, daß eine freiwillige Sparrasse von der Verwaltung errichtet wurde, in der die Mitglieder wesentlich eine Spareinlage machen können. Der Zweck dieser Sparrasse ist, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, im Jahre 1914 gelegentlich unseres Verbandstages die internationale Budgetberücksichtigung in Leipzig besuchen zu können. Gleichzeitig veranstaltet auch das Kartell eine Helgolandsfahrt, wozu die ge-parten Gelder auch Verwendung finden können. Das Geld wird auch dann an die Mitglieder zurückgezahlt, wenn denselben durch irgendwelche Zwischenfälle die Möglichkeit genommen ist, an der einen oder auch beiden Veranstaltungen teil-zunehmen. Kollege Raab erstattete sodann einen

Bericht über die stattgefundene Gauleiterkonferenz. Sodann wurde noch zur Kenntnis genommen, daß von jetzt ab in sämtlichen Geschäften Werkstaben-versammlungen stattfinden sollen, um unseren alten Mitgliederstand wieder zu erreichen; dazu wird die Mithilfe der Mitglieder erbeten. Kollege Kroiß erstattete den Kartellbericht, worauf die Wiederwahl des bisherigen Kartelldelegierten er-folgte. Der Kassenbericht vom vierten Quartal wurde entgegengenommen und auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Dehage erteilt. Ein Antrag der Verwaltung, den seither gezahlten Krankenzuschuß in Wegfall kommen zu lassen oder einen weiteren Extrabeitrag pro Mitglied und Monat von 10 Pf. zu erheben, zeitigte eine leb-hafte Debatte. Der Grund zu diesem Antrag war, daß unsere Lokalkasse seit einigen Jahren fort-während zurückgeht. Fortwährend werden an diese aber neue Anforderungen durch das Gewerkschaftskartell gestellt. All diesen Anforderungen konnte die Lokalkasse für die Zukunft nicht stand-halten. Aus diesem Anlaß sah sich der Vorstand genötigt, mit dem Antrag an die Mitglieder heranzutreten. Wenn es auch anfangs aus-sah, als habe die Vollständigkeit kein Interesse oder vielmehr kein Verständnis für die Notwendigkeit dieses Antrages, so haben sie sich doch überzeugen lassen, daß es keinen anderen Ausweg gab und stimmten dem Antrag auf Aufhebung des Krank-gehaltszuschusses mit großer Majorität zu, wodurch der Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages hin-fällig wurde. Ein Vortrag des Kollegen Raab wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Wir verweisen die Vollständigkeit schon heute darauf, recht zahlreich zu diesem Vortrag zu er-scheinen. Im Verchiedenen wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, womit die Ver-sammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende erreichte. (Eingeg. 3. 2.)

**Halle a. S.** Die Generalversammlung am 25. Januar war von circa 100 Mitgliedern besucht. Die Abrechnung vom vierten Quartal 1912 gab Kollege Bretsch. Die Einnahmen betragen 1100,90 Mark, die Ausgaben 630,30 Mk. An die Haupt-kasse wurden 470,60 Mk. gesandt. Der Mitglieder-bestand betrug 290, davon 228 weibliche. Dem Kassierer wurde einstimmig Dehage erteilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Müller, der be-sonders die erfreulichen Fortschritte der Garten-stadtbewegung hervorhob und darauf aufmerksam machte, daß sich eventuelle Interessenten rechtzeitig um die Sache kümmern sollen. Den Jahresbericht des Vorstandes gab Kollege Scheibe. Die Gesamt-einnahmen beliefen sich auf 4006,51 Mk. Die Aus-gaben an Unterstützungen betragen für Arbeitslose 1071,50 Mk., für Kranke 490,85 Mk., für Wöchner-innen 300 Mk. Die Agitationskosten und sonstige Ausgaben erforderten 927,10 Mk. Neben einer Reihe von Sitzungen und Versammlungen, in denen die Geschäfte der Zahlstelle erledigt wurden, waren auch in 29 Druckerien Differenzen durch die Intervention des Ortsvorstandes zu beseitigen, was in den meisten Fällen zugunsten der Per-sonale gelungen ist. Der Arbeitsnachweis wurde von 11 männlichen und 99 weiblichen Mitgliedern in Anspruch genommen. Ueber den letzten Gantag berichtete Kollege Stolle. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Scheibe, erster Vorsitzender, Bielig, zweiter Vorsitzender, Bretsch, erster Kassierer, Hoferorn, zweite Kassiererin, Schmidt, erster Schriftführer, Stolle, zweiter Schriftführer, C. Müller und Freygang, Kartelldelegierte, W. Müller, Zerscheky, Serig und Kollegin Gintler Revisoren. Mit der Aufforderung, im neuen Jahre nicht zu rasten, sondern zu jeder Zeit und Stunde für die Interessen und Weiterent-wicklung unseres Verbandes einzutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eingeg. 3. 2.)

**Gütersloh.** Die am 30. Januar stattgefundene Generalversammlung nahm die Berichte des Vor-sitzenden, Kassierers und des Kartelldelegierten zur Kenntnis. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Dehage erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 19. Neuauf-genommen wurden in der Versammlung zwei Mitglieder. Der bisherige Vorstand wurde wieder-gewählt und Kollege Redmann zum Kartell-delegierten bestimmt. Es wurde beschloffen, aus dem Ortsvermögen 10 Mk. bei der Produktiv-genossenschaft anzulegen. Nachdem unter Ver-schiedenem die Verhältnisse bei der Firma Hoff-mann u. Reiber besprochen wurden, schloß der Vorsitzende Kollege Walter die Versammlung mit der Aufforderung, daß jedes Mitglied für den ferneren Ausbau der Zahlstelle kräftig wirken und den Vorstand bei seinen Arbeiten durch regen Versammlungsbesuch unterstützen möge. (Eingeg. 1. 2.)